

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Wochenausgabe des „Vorwärts“
Zugabe des „Vorwärts“
Zugabe des „Vorwärts“

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Spaltenzeile 30 Pf.
Kleinanzeigen 2-3 W. Ermäßigungen nach Tarif
Verlags-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 27 836. - Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Eisenstr. 7
Fernsprecher: Dänkel (A 7) 292-297

Audienz bei Hindenburg

Süddeutsche Ministerpräsidenten wünschen Klarheit über die „Reichskommissar“-Pläne

Amlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat den Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Württemberg und Baden auf die telegraphisch an ihn gerichtete Bitte um Empfang geantwortet, daß er gern bereit sei, die Herren zu der gewünschten gemeinsamen Besprechung zu empfangen und zwar in Gegenwart des Reichskanzlers. Als Zeitpunkt hierfür hat der Herr Reichspräsident Sonntag, den 12. Juni, 11 Uhr vormittags, festgesetzt.

Worüber verhandelt wird.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben, es sei ein nicht alltäglicher Vorgang, daß die Ministerpräsidenten mehrerer Länder gemeinsam um einen Empfang beim Reichspräsidenten nachsuchen. Man muß daraus schließen, betont das Blatt, daß besonders ernste Sorgen sie dazu bewegen haben. Es läßt sich natürlich unschwer erraten, daß Fragen, die das Verhältnis zwischen Reich und Ländern betreffen, in der erbetenen Unterredung mit dem Reichspräsidenten erörtert werden sollen und die süddeutschen Ministerpräsidenten das Bedürfnis fühlen, die Stellungnahme ihrer Länder zu diesen Problemen darzulegen. Die Art und Weise, wie der neue Reichskanzler in die preussische Frage eingegriffen hat, und die gleichzeitig wieder aufgelauchten Erörterungen über die eventuelle Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen wurden im Süden nicht ohne Beunruhigung verfolgt. Dazu kommen die Pläne des neuen Reichskabinetts über die Reichsreform. Wir wünschen, schließt das Blatt, daß das Ergebnis der persönlichen Aussprache zu jener Beratung führt, die uns gerade gegenwärtig in dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern bitter nottut.

Die „Münchener Zeitung“ bemerkt zu dem Schritt der süddeutschen Länder in Berlin, dieser Schritt zeige mit aller Deutlichkeit die ungeheure Gefahr einer heraufziehenden Reichsreform. Da verantwortliche Minister der Reichsregierung auch jetzt noch aufschieden erklärten, es werde durchaus nicht an eine sogenannte Reichsreform auf taktischem Wege gedacht, müßte es eigentlich bei gutem Willen auf allen Seiten möglich sein, bei der Länderkonferenz in Berlin zu einer Verständigung im Interesse ganz Deutschlands zu kommen.

Hereinfall mit „Reichskommissaren“.

Der Versuch der Reichsregierung Schleicher-Papen, in Preußen die Regierung durch einen Reichskommissar zu ersetzen, wird nach dem Artikel „Der Angriff auf Preußen“ im „Vorwärts“ vom 8. Juni auf ganz anders gelagerte Fälle in der Vergangenheit (Sachsen, Thüringen und dergleichen) gestützt und begründet. Dazu wird uns aus Thüringen geschrieben:

Die Begründung ist, soweit Thüringen genannt ist, falsch. Im Gegensatz zu der Einsetzung eines Reichskommissars in Sachsen im Herbst des Jahres 1923, gelang es dem damaligen Reichsminister des Innern, Jarres, nicht, einen „Reichskommissar“ in Thüringen einzusetzen. Es sei denn, der Reichswehr-General Haffe, der sich unbedingte Eingriffe in die Verwaltung Thüringens erlaubte, würde heute nachträglich noch zur Begründung des Vorgehens gegen Preußen, zum Reichskommissar „beiderlei“.

Herr Jarres gab sich damals die größte Mühe, es durchzuführen, aus einer verlogenen Heftkampagne gegen die sozialdemokratische Regierung heraus, die Einsetzung eines Reichskommissars zu erreichen. Die Aufklärung, die Herr Jarres sich in einer langen Sitzung mit dem Thüringischen Staatsministerium über die tatsächlichen Verhältnisse in Thüringen verschaffte und seine Materialsammlung, die er durch Beauftragte zusammenbringen ließ, brachten ihn von seinem Vorhaben nicht ab.

In einem energischen Abwehrkampf gegen Jarres und nach einer eingehenden Verhandlung mit dem damaligen Reichskanzler Marx legte die Thüringische Regierung über

Der „Wohlstand“ der Invaliden

Antwort an das Kabinett der Barone

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Die Arbeitsinvalidenschaft hat Ihre Regierungserklärung mit höchstem Erstaunen und kühler Bestürzung gelesen. In dieser Erklärung spricht die neue Regierung von einer „Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation“ und weiter davon, daß die moralischen Kräfte der Nation durch eine übertriebene Wohlfahrtspolitik geschwächt seien. Durch die Sozialversicherung sei die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden. Wir müssen aus diesen Ausführungen schließen, daß ein starker Abbau der Leistungen aus der Sozialversicherung vorgenommen werden soll.

Ist Ihnen bekannt, daß die Invalidenrenten im Durchschnitt pro Monat über die überaus geringe, zum Leben völlig unzureichende Summe von 36 Mark betragen?

Ist Ihnen weiter bekannt, daß auf dem Gebiete der Sozialversicherung im Laufe der letzten Jahre schon erhebliche, uns außerordentlich schwer getroffene Kürzungen stattgefunden haben?

Ist Ihnen weiter bekannt, daß durch die große Finanznot der Gemeinden die öffentlichen Fürsorgeleistungen auf das Unverträglichste abgebaut wurden?

Es wird dann an die Eingabe an das Kabinett Brüning erinnert, in der die Sanierung der Sozialversicherung von der Einnahmeseite her verlangt wurde.

„Wir haben weiter darauf hingewiesen, heißt es dann, „daß

durch die Unterstützungsaktionen der Regierung für die verschiedensten Berufs- und Wirtschaftszweige, wie Banken, Landwirtschaft, Industrie und Reedereien außerordentliche Mittel von Reichs wegen bereitgestellt wurden.

Dasselbe Recht auf Unterstützung haben auch die Sozialversicherung und die Rentenempfänger.

Herr Reichskanzler! Ehe Sie den Sozialrentnern auch nur einen Pfennig von ihren künftigen Bezügen kürzen, haben Sie die Pflicht, die hohen Pensionen zu beseitigen, Ausgaben im Reichshaushalt einzusparen, die ohne Schaden für die Nation fortfallen können. Wir erinnern nur an die hohen Ausgaben im auswärtigen Dienst und an die vielfach überflüssigen Ausgaben für die Reichsmehr.

Ehe den Arbeitsinvaliden die Renten gekürzt werden, müssen die Bezügender in entscheidender Weise zur Steuer herangezogen werden und muß auch das Einkommen ausreichend besteuert werden.

Ehe man den Arbeitsinvaliden ihr knappes Stück Brot noch weiter schmälert, müssen Sie dafür sorgen, daß den noch wohlhabenden Schichten im Volke die erforderlichen sozialen Lasten auferlegt werden, damit in Deutschland niemand zu hungern braucht. ...

Die Opfer der Arbeit haben durch jahrzehntelange Arbeit dem Vaterland und der Volkswirtschaft alles gegeben, was sie hatten, ihr Leben und ihre Gesundheit. Die Arbeitsinvaliden haben ein Recht, daß Staat und Gesellschaft ihnen jetzt auch den Lebensraum gewähren, den sie verdient haben.

Neuer Gewaltakt in Danzig.

Pressfreiheit a. D. — wo Nazis regieren.

Danzig, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Die unter dem Druck der Nazis stehende Bürgerblockregierung hat sich heute wieder ein neues tolles Stück geleistet. Ein von der Sozialdemokratie herausgegebenes Mitteilungsblatt für die Mitglieder der Partei, das nur sachliche Mitteilungen enthält, ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme ist vom Gericht mit der Begründung befohlen worden, daß das Mitteilungsblatt, das vier Quartseiten umfaßt und nur nach Bedarf erscheint, eine Fortsetzung der verbotenen Tageszeitung „Danziger Volksstimme“ darstelle! Die Beschlagnahme und ihre Befestigung zeigt, daß die Nazis kein Mittel unversucht lassen, um jede Tätigkeit der Sozialdemokratie im Freistaat zu hemmen.

Herrn Jarres, Thüringen blieb vom Reichskommissar verschont. Die Regierung Schleicher-Papen kann sich bei ihrem Vorgehen gegen Preußen unmöglich auf Thüringen stützen.

Abwehrfront christlicher Arbeiter.

Heinrich Imbusch gegen den Klassenstaat.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften für Groß-Berlin veranstaltete am Freitagabend eine bedeutende Kundgebung. In ihrem Mittelpunkt stand ein Vortrag des christlichen Bergarbeiterführers Heinrich Imbusch, der zum ersten Male seit dem Kriegsende vor den Berliner christlichen Gewerkschaften das Wort erhielt.

Imbusch betonte, es gehe in dem von der Papen-Regierung eingeleiteten Kampf nicht nur um die Arbeitnehmer und um die Gewerkschaften, sondern um die Interessen des Gesamtvolkes und um die Interessen Deutschlands. Ein Klassenstaat dürfe nicht wiederkehren. Es dürfe nicht wieder dahin kommen, daß eine Klasse die Herrschaft ausübe und daß nur wenige große Einkommen haben werden, während Millionen am Verhungern sind.

Der Staat sei allerdings gewissermaßen zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht worden, aber weniger für die Arbeitnehmer als für andere Kreise. Nie sei für die Landwirtschaft und besonders die des Ostens mehr getan worden, als in den letzten Jahren.

Straher statt Hitler.

Die Launen der Primadonna. — Keine Hitler-Rede im Rundfunk.

Die erste „Tat“ der Regierung der Barone war, daß sie dem „Führer“ aller Hafent Kreuzler die Möglichkeit gab, sich auf allen deutschen Sendern als politischer Rundfunkredner vorzustellen. Die große Attraktion sollte am kommenden Dienstag steigen.

Aber die Primadonna hat plötzlich Launen bekommen und abgelegt, weil sie in Hessen notwendig sei. An ihrer Stelle muß nun ein Star zweiter Ordnung „Die Rolle creiren“, wie es im Bühnendeutsch heißt: Gregor Straher wird einspringen und die Rundfunkhörer von Bittfallen bis Hoberlingen mit einem Vortrag über „Die Staatsidee des Nationalsozialismus“ beglücken.

Die Verehrer und Verehrerinnen des großen Adoff sind bitter enttäuscht. Sie hatten gehofft, er würde am Mikrophon einen so schönen neuraschischen Lobfuchsanfall vorführen, wie im Münchener Prozeß, wo er wegen Ungebühr zu 1000 Mark Ordnungsstrafe verurteilt werden mußte. Aber er läßt sie im Stich und schickt bloß seinen Gregor. Kein Wunder, daß Trauer in Anti-Soraal herrscht!

Zeichen der Zeit.

Was ist Beethoven gegen Militärmusik!

Die Wiener Festwochen bringen u. a. auch Beethovens „Missa solennis“. Die „Kavag“, Radio Wien, hat auf ihre Umfrage bei den Sendegesellschaften der Erde nur aus Polen den Befehl erhalten, daß man diese Aufführung übernehmen wolle. Dagegen haben sämtliche reichsdeutschen, alle deutsch-schweizerischen und 98 nordamerikanische Sender erklärt, daß sie das Wiener Militärmusik „Dreihundert Jahre Soldatenlied“ übertragen.

